

## **Egon Krenz**

9.5.2022 in der „Leslie Baruch Brent-Hall“

Betsaal im ehemaligen Jüdischen Waisenhaus in Berlin Pankow

### **Frieden gibt es nur mit – nicht gegen Russland**

Der heutige „Tag des Sieges“ ist bei mir mit sehr starken Emotionen für die Befreier Deutschlands vom Faschismus verbunden.

Ich habe in Moskau studiert, mit einem Russen ein Zimmer geteilt und glaube, die „russische Seele“ ganz gut zu verstehen. Ich war mehrmals in der Ukraine, habe dort die DDR-Erbauer der „Druschbatrasse“ besucht, die inzwischen leider nichts mehr mit Freundschaft zu tun hat, habe dort in ukrainischen Familien die sprichwörtliche Gastfreundschaft erlebt und Freunde kennengelernt, mit denen ich noch heute im Kontakt stehe, darunter ein Ehepaar – er Ukrainer, sie Russin.

Nie hätte ich mir vorstellen können, dass diese beiden Brudervölker einmal im Krieg stehen, zumal beide im Kampf gegen den deutschen Faschismus ihr Blut vergossen haben.

Der TAG DES SIEGES gehört allen Völkern der früheren Sowjetunion, auch der Ukraine.

Um so mehr bin ich über die Geschichtsvergessenheit vieler in Deutschland erschrocken, die die sowjetischen Ehrenmale als „russische Schandmale“ bezeichnen.

Manche Deutsche haben schon wieder Angst, die gefallenen Sowjetsoldaten zu ehren, weil sie dann von bestimmten Medien als „Kriegsbefürworter“ an den Pranger gestellt werden.

Es hat für mich etwas mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu tun, würde man die Sowjetunion gleichsetzen mit dem heutigen Russland. Zwischen beiden gibt es fundamentale Unterschiede. Die Tragik des aktuellen Krieges besteht unter anderem auch darin, dass sich die Enkel, die Ur- und Ur-Urenkel jener Kämpfer der Roten Armee gegenüberstehen, deren Groß- und Ur- und Ur-Urgroßväter in der Sowjetarmee den deutschen Faschismus besiegten.

Wir treffen uns also zu einer Zeit, die wohl die gefährlichste ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Der unerwartete und auch schockierende Krieg in der Ukraine ist leider Realität. In meinem Leben habe ich noch nie Angriffskriege gerechtfertigt. Das tue ich auch jetzt nicht. Schon in der DDR- Schule habe ich gelernt, Angriffskriege dürfen kein Mittel der Politik sein. Angesichts des Elends, das jeder Krieg – auch der gegenwärtige in der Ukraine – hervorbringt, werden auch Emotionen geschürt, die wütend machen, dass es im 21. Jahrhundert mitten in Europa noch möglich ist, Krieg zu führen. Wir haben uns in der DDR zudem 1989 nicht gegen Gewalt entschieden, um drei Jahrzehnte später einen Krieg zu rechtfertigen, der das Zeug in sich hat, zum Weltkrieg auszuarten.

Aber: Nach Heinrich Heine ist der „heutige Tag das Resultat des gestrigen“.

Das heißt: Aktuelle Ereignisse sind nur zu verstehen, wenn man ihre Geschichte kennt.

Christa Wolf äußerte 1983 in ihrem Buch „Kassandra“: „Wann der Krieg beginnt“, schrieb sie, „kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg?“ Das heißt: Alles hat seine Vorgeschichte.

Solange diese nicht aufgeklärt wird, solange wird es keinen Frieden geben können. Solange dem russischen Volk nicht das gleiche Sicherheitsbedürfnis zugestanden wird, wie seinen Nachbarvölkern, solange wird es immer wieder zu ernsthaften Konflikten kommen. Es gehört zum Verlauf der Weltgeschichte, dass Ursachen von Kriegen nicht verschwiegen, sondern aufgedeckt werden müssen, und zwar allseitig, nicht einseitig. Das bedeutet keineswegs – wie das gern unterstellt wird – den gegenwärtigen Krieg zu rechtfertigen. Die Ursachen der aktuellen Ereignisse liegen wesentlich tiefer als uns Politiker und Medien hierzulande einreden wollen.

Es gibt jetzt nichts Wichtigeres zu tun, als das Blutvergießen zu beenden und eine europäische Sicherheitsstruktur zu schaffen, die auch Russlands Interessen berücksichtigt.

Das hat nichts damit zu tun- wie oft behauptet wird, dass die Ukraine kapitulieren müsste, aber ein Kompromiss muss geschlossen werden. Ich halte es mit dem ehemaligen militärischen Berater von Angela Merkel, der öffentlich aufgefordert hat, diesen Krieg „von seinem Ende“ zu sehen.

- Das umfassende Rüstungsprogramm der Bundesregierung,
- das von den USA einberufene Treffen auf deutschem Boden in Ramstein
- und die Lieferung von Waffen an die Ukraine

sind dafür kontraproduktiv.

Ich bin überzeugt, dieser Krieg könnte sofort beendet werden, wenn die USA und ihre NATO-Verbündeten bereit wären, der Russischen Föderation jene Sicherheitsgarantien zu geben, die sie weit vor dem Krieg in einem Schreiben an die USA gefordert hatte. Daran wird kein Weg vorbei gehen, denn ohne Russland – auch ohne China - wird es in Europa, ja in der Welt keinen Frieden geben und es kann kein globales Problem gelöst werden. Frieden wie Wohlstand in Deutschland brauchen den Dialog mit Russland: Jetzt und erst recht in Zukunft. Wer das Infrage stellt, hat keine Lehren aus zwei von Deutschland angezettelten Weltkriegen gezogen. Und er nimmt in Kauf, dass auch die Deutschen einen hohen Preis für die Sanktionen gegen Russland bezahlen müssen, dass sich das Leben vor allem der weniger gut Verdienenden dramatisch verschlechtert.

Im Moment ist abzulesen, dass bestimmte Sanktionen Deutschland mehr schaden als Russland, das sich immer stärker dem Markt in Asien zuwendet und mit China zusammen die Auswirkungen der Sanktionen verkraftet. Dieser Krieg ist nur oberflächlich ein lokaler zwischen Russland und der Ukraine. Der chinesische Botschafter in Moskau bringt es auf den Punkt: „Die NATO“, so sein Befund, „ist die Kernursache, der Tumor, der all diese Konflikte nach sich gezogen hat.“

Tatsächlich ist der Krieg Teil einer globalen Auseinandersetzung, ein Ringen der USA um das militärische Eintrittstor nach Russland. Gewissermaßen ein schon mehr als 30jähriger kalter Krieg der NATO gegen Russland, der nun in seine heiße Phase getreten ist und als Stellvertreter – Krieg in der Ukraine geführt wird. Spätestens seit der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 ist klar, dass „Russland eine nur noch von den USA dominierte und gesteuerte Welt nicht akzeptiert.“<sup>1</sup>

Diese Auseinandersetzung wird nun auf dem Rücken des ukrainischen und des russischen Volkes ausgetragen und die USA haben zunächst ihr Ziel erreicht, europäische Länder gegen Russland in Stellung zu bringen. Schon immer waren die USA-Mächtigen der Meinung, dass Deutschland mit Russland nicht zusammenarbeiten darf, weil das amerikanischen Interessen widerspricht. Die Ukraine wurde von den USA und ihren NATO-Verbündeten seit Jahrzehnten zu einem Anti-Russland-Staat ausgebaut, dessen Streitkräfte lange vor dem Krieg von der NATO ausgebildet und auch modern bewaffnet wurden.

Realität ist leider auch, dass Deutschland inzwischen als Teil der von den USA geführten NATO zwar noch nicht formal juristisch, aber doch de facto Kriegsteilnehmer geworden ist, vor allem auch durch die Ausbildung ukrainischer Militärs an von Deutschland gelieferten Waffen. Alle anderen Deutungen sind semantischer Art, denn allein die Lieferung von Waffen in dem geplanten Umfang und die Ausbildung der ukrainischen Soldaten machen die NATO und damit auch Deutschland zur Kriegspartei.

Hört man Vertreter der vermeintlich früheren „Friedenspartei“ ‚Die Grünen‘ und auch anderer Parteien, einschließlich der CDU/ CSU, dann habe ich den Eindruck, sie wissen entweder nicht, was sie tun oder sie und ihre Medien spielen bewusst mit dem Feuer.

Denn: Jede Waffenlieferung an die Ukraine verlängert den Krieg und damit das Blutvergießen. Statt alle Kraft darauf zu richten, wie der Krieg beendet werden kann, wird die Situation von den Regierenden und ihren Medien zugespitzt, werden einseitige ukrainische Informationen und die Videos des ukrainischen Präsidenten als der Weisheit letzter Schluss dargestellt und jede russische Veröffentlichung als Lüge diffamiert.

Frau von der Leyen schwadroniert gar darüber, dass Entscheidungen auf dem Schlachtfeld gefunden werden müssen. In Moskau muss der Eindruck bestehen, dass sich in dem Land, das seine Wiedervereinigung der Sowjetunion verdankt, tatsächlich eine Zeitenwende vollzieht, aber eine Zeitenwende zurück, die erneut die angebliche „Russische Gefahr“ für Deutschland zum Inhalt ihrer Politik macht.

Man kann und darf die besondere Situation der Ukraine nicht auf Deutschland übertragen.

---

<sup>1</sup> Rede Putin auf Sicherheitskonferenz München.

Russland ist in der bisherigen Geschichte zwei Mal nach Deutschland gekommen – und zwar um das Land von Napoleon und Hitler zu befreien. Ansonsten ging es Deutschland immer dann am besten, wenn es gute Beziehungen zu Russland hatte. Das wusste schon der Eiserne Kanzler Bismarck.

So gut wie nichts oder nur Klischees verbreiten Fernsehen, Rundfunk und Zeitungen über die Ursachen und den Verlauf des Krieges aus russischer Sicht. Zu Diskussionen im Fernsehen werden in der Regel nur noch Leute eingeladen, die zuverlässig nur einseitig Stellung nehmen. Es gibt keine sachgerechten Informationen über beide Seiten. Wenn man die sogenannten politischen Spezialisten hört und militärisch Ungebildete sich zu Militärspezialisten erheben, dann kann man schon Angst bekommen, wie leichtfertig in diesem Lande mit dem Frieden umgegangen wird. Gut, dass es Leute wie die Emma-Chefredakteurin gibt, die verantwortungsvoll die Stimme gegen Waffenlieferungen erhebt.

Die Regierung redet uns ein, man müsse gegen Russland die deutschen bzw. europäischen Werte von Demokratie und Freiheit verteidigen. Dass die Russen und beispielsweise auch die Chinesen ihre eigenen nationalen Werte haben, die in Jahrhunderten entstanden sind, wird einfach nicht zur Kenntnis genommen. Dabei wird Außenpolitik seit Jahrhunderten nach dem sogenannten Palmerston-Prinzip<sup>2</sup> verwirklicht, benannt nach einem britischen Diplomaten aus dem 18. Jahrhundert. Es lautet: „Britannien hat weder ständige Freunde noch ständige Feinde, es hat nur ständige Interessen.“

Nimmt man die russischen Interessen, so wird kein russischer Präsident - egal wie er heißt, ob Putin oder in Jahren irgendein anderer – wird keiner wie Gorbatschow und Jelzin nationale russische Interessen opfern können, ohne das Vertrauen des russischen Volkes zu verlieren. Russland, so unterstrich dieser Tage Außenminister Lawrow, werde „mit seiner Geschichte, mit seinen Traditionen niemals eine untergeordnete Position einnehmen“. Das ist russisches Sicherheitsinteresse und davon werden sie nicht abgehen, egal, welche Sanktionen noch geplant sind. Will man also nicht ein drittes Mal den Weg von Napoleon und Hitler gehen, dann gibt es nur eine Verhandlungslösung.

Militärspezialisten gehen davon aus, dass die Ukraine einen Krieg gegen Russland nicht gewinnen kann. Da trifft wohl auch auf unsere Zeit zu, was einst der Preußische General Carl von Clausewitz so formulierte: „Das Russische Reich ist kein Land, das man förmlich erobern, das heißt, besetzen kann, zumindest nicht von den heutigen europäischen Staaten. Ein solches Land kann nur durch seine innere Schwäche oder die Wirkung interner Zwietracht besiegt werden.“

Auf letzteres setzt der Westen: Zwietracht in Russland säen und Schwächung Russlands nach außen: Die USA wollen Russland als Konkurrenten ausschalten und würden lieber heute als

---

<sup>2</sup> Palmerston-Prinzip, benannt nach H. T. Palmerston (1784-1865), britischer Politiker

morgen den Maidan von Kiew auf dem Roten Platz in Moskau wiederholen. Gefühlt erfahren wir dazu heute an nur einem Tag so viel an Realem oder Erlogem über diesen Krieg in der Ukraine, wie über alle anderen ebenso stattfindenden heutigen Kriege und militärischen Konflikte nicht einmal in einem Jahr.

Wenn es also wahr ist, dass Russland den Krieg nicht verlieren kann, dann ist jede Stunde Kriegsverlängerung durch Waffenlieferungen ein Selbstbetrug, der uns in eine bisher nicht gekannte Katastrophe führen könnte. Wir leben also in einer Zeit, die vielen von uns schlaflose Nächte bereitet, die inneren Konflikte mit sich bringt, die unsicher macht über unser Urteil über Krieg und Frieden, gerechte und ungerechte Kriege.

Ich habe mir am 28. April 2022 im Fernsehen die Sitzung des Deutschen Bundestages angesehen und war erschrocken, als die Ankündigung eines 100 Milliarden Guthabens für die Bundeswehr mit stehendem Beifall aufgenommen wurde. So ungefähr – dachte ich mir – war wohl auch die Atmosphäre vor dem Ersten Weltkrieg 1914 im Deutschen Reichstag als die Kriegskredite bewilligt wurden.

Unsere Gegenwart erinnert zudem daran, dass wir von 1945 bis 1990 die längste Friedensperiode in Europa hatten – nicht etwa, weil es die NATO gab, sondern dank des militärstrategischen Gleichgewichts, das mit der Zerschlagung der UdSSR beseitigt wurde.

Den Anfang dieses Prozesses habe ich noch als aktiver Politiker erlebt. Er hängt mit der Zerstörung der Sowjetunion zusammen. Am 1. November 1989 hatte ich in Moskau ein vierstündiges Gespräch mit Gorbatschow. Ich fragte ihn, welchen Platz beide deutsche Staaten in seinem „Europäischen Haus“ einnehmen würden, ob er weiter zur DDR stehen würde, die ja ein „Kind der Sowjetunion“ sei. Er antwortete mir: „Es werde keine deutsche Einheit geben, solange NATO und Warschauer Vertrag bestünden. Die NATO war schon damals der Störenfried.“

Am 24. November 1989 erhielt ich eine Botschaft von Gorbatschow mit der Konzeption für sein Treffen mit US-Präsident Bush sen. vor und auf Malta. Er teilte damals mit, er werde dort den Kalten Krieg für beendet erklären. Ich stellte Falin, der mir die Botschaft Gorbatschows überbracht hatte, die Frage: Wieso die Erklärung einseitig abgegeben werde, es sei doch besser eine *gemeinsame* Erklärung mit den USA über das Ende des kalten Krieges zu veröffentlichen. Dazu, so erfuhr ich, waren die USA nicht bereit.

Nachdem Gorbatschow einseitig den kalten Krieg für beendet erklärt hatte, erklärte Bush die USA zum Sieger des Kalten Krieges. Spätestens seit diesem Zeitpunkt werden – zunächst noch die Sowjetunion – und später Russland systematisch durch den Westen gedemütigt.

Der erste sichtbare Skandal nach 1991 war, dass die in der DDR stationierten sowjetischen Streitkräfte mit einer blamablen Verabschiedung dritter Klasse Deutschland verließen – so, als

hätten sie den Großen Vaterländischen Krieg verloren. Diese Demütigung bleibt im kollektiven Gedächtnis der Russen. Seit jenem Abschied denke ich: Der Kalte Krieg war eigentlich nie zu Ende. Bis heute nicht.

Beendet war die Systemkonfrontation zwischen Sozialismus und Kapitalismus in Europa, nicht aber das Streben der USA um die alleinige Weltherrschaft. Gültig blieb die Truman-Doktrin vom 12. März 1947. Ihr Ziel war - wie es damals hieß – „weltweit die Entwicklung des Kommunismus einzudämmen“. Nach 1991 blieb die „Eindämmung Russlands“ das Ziel, seine Ausschaltung als Konkurrent. US-Präsident Obama drückte das später aus, als er Russland lediglich die Funktion einer „Regionalmacht“ zuwies.

Wie bereits angedeutet, alle Fragen, die heute Frieden und Krieg betreffen, haben so oder so mit der Zerschlagung der Sowjetunion und des Warschauer Vertrages zu tun, sind direkte Folgen dieser Ereignisse. Die militärische Grenze zwischen NATO und UdSSR bzw. Russland verlief noch 1990 an Elbe und Werra quer durch Deutschland. Heute verläuft sie an der russischen und belorussischen Grenze und deutsche Truppen sind die Speerspitze der dort stationierten NATO-Streitkräfte. Gab es 1991 16 NATO- Staaten, so sind es heute 30.

Schlimm sind die doppelten Standards, von denen sich der Westen leiten lässt:

Korea 1950, Guatemala 1954, Indonesien 1958, Kuba 1961, Vietnam 1964, Kongo 1964, Laos 1964, Brasilien 1964, Dominikanische Republik 1965, Griechenland 1967, Argentinien 1976, Nicaragua 1981, Grenada 1984, Philippinen 1989, Panama 1989, Irak 1991, Serbische Republik 1995, Sudan 1998, Jugoslawien 1999, Afghanistan 2001, Jemen 2002, Irak 2003, Somalia 2006, Libyen 2011, Syrien 2011. Überall haben die USA zumindest ihre Finger im Spiel, häufig auch deren Vorfeldorganisation, die Nato, oder einzelne Mitglieder dieses Aggressionsbündnisses. Seit 2001 hat die NATO Kriege geführt, die inzwischen über 900 000 Tote verursacht haben, davon allein 400 000 Zivilisten<sup>3</sup>.

Kein Politiker der BRD hat beispielsweise nach dem völkerrechtswidrigen Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak diese zu Feinden erklärt. Gegenwärtig gibt es wohl den wahrscheinlich opferreichsten Krieg im Jemen, von dem Politiker und Medien kaum Notiz nehmen, obwohl er inzwischen 380 000 Tote gefordert hat. Es gibt seit dem Koreakrieg 1950/53 keinen US-Präsidenten, der nicht einen größeren oder kleinere Krieg geführt hat. Würden gleiche Maßstäbe für alle gelten, wären von Truman bis Biden alle US-Präsidenten Kriegsverbrecher. Mir ist nicht bekannt, dass es je Sanktionen gegen sie oder die USA gab. Die Politiker der Welt haben 2003 ja auch weiter mit dem amerikanischen Präsidenten gesprochen, obwohl die angeblichen Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein von Anbeginn an eine durchsichtige Lüge waren.

Ich habe noch das Ende des Zweiten Weltkrieg mit all seinen Katastrophen bewusst erlebt.

---

<sup>3</sup> Vergleiche Artikel des chinesischen Botschafters in Moskau in der Zeitung „Komsomolskaja Prawda“.

Ich weiß noch genau, wie es ist, Nacht für Nacht in den Luftschutzkeller zu müssen und nicht zu wissen, ob man gesund oder überhaupt wieder rauskommt. Mir sind zugleich noch die Nazi-Plakate erinnerlich, auf denen Russen als „Untermenschen“ dargestellt wurden und die Mär vom Russen, der „an allem Bösen dieser Welt“ schuldig sein sollte, verbreitet wurde.

Als kürzlich der Bundespräsident deutsche NATO-Truppen im Baltikum an der russischen Grenze besuchte, hat niemand in Politik und Medien daran erinnert, dass nur 150 km ostwärts St. Petersburg, jenes leidgeprüfte Leningrad, liegt, an dessen Blockade auch spätere bundesdeutsche Politiker als Wehrmachtsoffiziere der Nazis teilgenommen haben, während der Leningrader Familie von Wladimir Putin bitteres Leid zugefügt wurde. Vielleicht sind es gerade solche Unterschiede, weshalb die Russen eine andere Sicht auf Russlands Grenzen haben als beispielsweise deutsche Politiker.

Manchmal werde ich während des tobenden Informationskrieges der deutschen Medien gegen Russland wieder an die Nazi-Plakate von einst erinnert und unglücklich darüber, dass die Russophobie in Deutschland Hochkonjunktur hat und von der Regierung sowie den Medien bewusst geschürt wird, etwa wenn offiziell dazu aufgefordert wird, „Russland zu ruinieren“. Dieser Russenhasse hat im Innern der altbundesdeutschen Gesellschaft und in der politischen Elite des Landes immer geschlummert und wird jetzt ausgelebt.

Nie aber hätte ich mir aber vorstellen können, dass jenes Denkmal in Berlin-Treptow mit dem Sowjetsoldaten mit dem Kind im Arm, der das Hakenkreuz zertritt, mit antirussischen Hetzparolen beschmiert und das auch noch offiziell vom ukrainischen Parlament in Kiew begrüßt wird. Interessant ist auch, dass einem heute schon die Verurteilung durch Medien droht, wenn man als eigene Meinung nur vertritt, was realistische Politiker selbst in den USA sagen. So Henry Kissinger in der „Washington Post“ vom 6. März 2014, an die ich hier erinnern möchte. Er schrieb: „...“, wenn die Ukraine überleben und gedeihen soll, darf sie nicht der Vorposten der einen Seite gegen die andere sein – sie sollte als Brücke zwischen beiden Seiten fungieren.“ Daraus schlussfolgert er: „Der Westen muss verstehen, dass die Ukraine für Russland niemals nur ein fremdes Land sein kann. Die russische Geschichte begann in der sogenannten Kiewer Rus. Von dort aus verbreitete sich die russische Religion. Die Ukraine ist seit Jahrhunderten Teil Russlands und die Geschichte der beiden Länder war schon vorher miteinander verflochten.“ Das ist nichts anderes als Putin in seinen Geschichtsartikeln beschrieb, die die sogenannten deutschen Experten in Frage stellen. Schließlich meint Kissinger: „Für den Westen ist die Dämonisierung von Wladimir Putin keine Politik, sondern ein Alibi für das Fehlen einer Politik.“

Russland ist nicht mehr die Sowjetunion, dessen Zerschlagung – wie sich gerade in diesen Tagen erneut beweist – eine „globalpolitische Katastrophe“ war und die Sicherheitsstruktur in Europa völlig durcheinandergebracht hat. Der politische Westen hat nie begriffen, was Putin seit Jahren mit der Feststellung von der globalpolitischen Katastrophe gemeint hat. Ihm wird unterstellt, die Sowjetunion wieder herstellen zu wollen. Davon ist er aber weit entfernt. Er meint zwar, wer sich der Sowjetunion nicht erinnert, habe kein Herz, aber wer sie zurückwill,

habe keinen Verstand. Allein seine Bemerkungen in seinen Reden und Aufsätzen gegen die Nationalitätenpolitik Lenins und der KPdSU zeigen seine Vorbehalte zur Sowjetmacht.

Aber: Mit der Zerschlagung der Sowjetunion wurden von einem Tag zum anderen 28 Millionen Russen, die in anderen Sowjetrepubliken gelebt hatten, heimatlos. Oft wurden ihre Rechte beschnitten, ihre Sprache verboten, ihre Kultur diskreditiert – wie 2014 nach dem Putsch auf dem Maidan in der Ukraine. Seitdem – und nicht erst seit dem 24. Februar – gibt es den Krieg Kiews gegen die Volksrepubliken im Osten des Landes, der inzwischen 14 000 Menschen in diesem Gebiet das Leben gekostet hat.

Nochmals ein Wort des langjährigen amerikanischen Außenministers Henry Kissinger. Als er 2014 gefragt wurde, was wohl Putin über den Putsch auf dem Maidan denken würde, antwortete er: „Die Ukraine ist die Generalprobe für das, was wir in Moskau machen wollen, nämlich einen Regimewechsel“. Damit hat er nur etwas sachlicher ausgedrückt, was der US-Präsident in unverantwortlicher Weise von Polen aus tat, zum Sturz des russischen Präsidenten aufzurufen.

Inzwischen hat man den Eindruck, dass die Tagesordnung der deutschen Politik bestimmt wird vom ukrainischen Botschafter in Deutschland, der nicht nur das Naziregiment verteidigt, das mit den nur wenig veränderten Symbolen eines SS-Panzerregiments kämpft, das während des Zweiten Weltkrieges besonders brutal gegen Sowjetbürger vorging, sondern auch alles tut, um Deutschland noch weiter in den Krieg hineinzuziehen. Er treibt alle vor sich her, den Kanzler und den Bundespräsidenten. Bemerkenswert, dass Angela Merkel sich davon nicht beirren lässt. Man mag zu Gerhard Schröder stehen, wie man will, doch wenn der ukrainische Botschafter ihn als „*Fremdkörper in der deutschen Gesellschaft*“ bezeichnet, dann ist das ein Jargon aus dem Bandera-Arsenal.

Zudem: Was soll die Schelte über „Fehler“ der deutschen Russlandpolitik? Wofür Bundespräsident Steinmeier sich beispielsweise entschuldigt – für seine Haltung zu Nord Stream 2 –, das war doch kein Fehler. Ein Fehler war, dass Deutschland nicht den Mut zu einer eigenständigen Russlandpolitik hatte, sondern den USA folgte.

Die erschütternden Kriegsereignisse in der Ukraine ändern nichts daran, dass das jahrzehntelange Streben nach einem tragfähigen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessenausgleich mit Russland richtig war. Meine Haltung zu Krieg und Frieden ergibt sich aus meiner DDR-Biografie. Unser Grundprinzip war: Nie wieder darf von deutschem Boden wieder ein Krieg ausgehen. Das sehe ich jetzt für ganz Deutschland gefährdet, wenn ich mir die Folgen der sogenannten „Zeitenwende“ von Bundeskanzler Scholz ansehe und die Waffenlieferungen an die Ukraine, womit Deutschland – wie ich bereits sagte - faktisch Kriegspartei ist.



Dementsprechend bleibt die DDR der einzige deutsche Staat, der nie Krieg geführt hat und dessen Soldaten zu keinem Zeitpunkt je fremden Boden zu Kampfeinsätzen betreten haben. Selbst 1968 war die NVA an den Einsätzen in der CSSR nicht beteiligt. Das hat Walter Ulbricht in einem Telefon-Gespräch mit Leonid Breschnew besprochen. Gewissermaßen erfolgreiche Diplomatie auf höchstem Niveau, die ich jetzt vermisse.

Die Bürger der DDR sind im Herbst '89 nicht auf die Straße gegangen, damit deutsche Truppen wieder an Russlands Grenzen stehen und Bundeswehrsoldaten zu Auslandseinsätzen befohlen werden sowie NVA Waffen gegen Russland eingesetzt werden. Die Militärdoktrin der DDR, die Teil der Militärdoktrin der Staaten des Warschauer Vertrages war und die sich an der sowjetischen orientierte, sah keinerlei Angriffskriege vor.

Im Gegensatz dazu hat die Bundesrepublik an dem ersten Krieg in Europa nach 1945 aktiv an der Bombardierung Jugoslawiens teilgenommen. Damals und nicht 2014 bei der Vereinigung mit der Krim wurde die Vision eines europäischen Hauses durch die NATO in weite Ferne gerückt.

Es gibt da noch ein besonderes Datum, das bei all den Verleumdungen Russlands aus dem Blickfeld deutscher Politik verschwunden ist: Das ist der 22. Juni 1941. Ich habe während meines Studiums in Moskau in direkter Wohngemeinschaft mit sowjetischen Menschen viermal den Erinnerungstag an den 22. Juni 1941 erlebt. Ich konnte dabei nachempfinden, dass mit dem Aufruf zum Heiligen Krieg des Sowjetvolkes 1941 gegen die faschistischen Eindringlinge immer auch ein patriotisches Versprechen der sowjetischen Bürger verbunden war, das auch im heutigen Russland gilt. Es lautet: Nie wieder soll es irgendwelchen Aggressoren gelingen, so nahe der eigenen Landesgrenze zu stehen, wie damals den Deutschen.

- Diese Überlegung spielte 1945 eine Rolle, als mit dem Kriegsende die erste strategische Verteidigungslinie der sowjetischen Armee von der einstigen Staatsgrenze weg an die Oder und Neiße gelegt wurde.
- Sie war präsent, als nach der Ablehnung der sowjetischen Note zur deutschen Einheit im März 1952 durch die drei Westmächte und die Bundesrepublik diese Grenze von der Oder und Neiße an die Elbe und Werra vorverlegt wurde.
- Und sie war gegenwärtig, als 1955 und 1961 aus der ersten strategischen sowjetischen Verteidigungslinie zusätzlich die Außengrenze des Warschauer Vertrages zur NATO militärisch gesichert wurde wie keine andere Grenze auf der Welt.

Gorbatschow ließ sich von den USA über den Tisch ziehen, gestand der NATO ihre weitere Existenz trotz Auflösung des Warschauer Vertrages zu und machte hinter dem Rücken der DDR-Führung den Weg zur deutschen Einheit frei, ohne dafür vertraglich bindend politische Gegenleistungen zu fordern. Das Ergebnis: Das Territorium der Warschauer Militärkoalition, das einst die Sowjetarmee vom Faschismus befreit hatte, wurde innerhalb kurzer Zeit nicht

etwa blockfrei, sondern dem Militärbündnis des politischen und militärischen Gegners zugeschlagen. Ein einmaliger Vorgang in der Weltgeschichte, der von den NATO-Staaten allzu gern unterschlagen wird. Gorbatschow gab sich leichtgläubig mit einer mündlichen Versicherung zufrieden, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten ausdehnen würde.

Zwar bestreiten einige Politiker nachträglich, dass es je eine solche Zusicherung gegeben habe. Doch die Archive sprechen eine andere Sprache. Man sollte in Deutschland nicht vergessen, dass die Vereinigung vor 32 Jahren erst durch die Zustimmung der Sowjetunion möglich wurde. Die gab es im Gegenzug zur mündlichen Zusage des amerikanischen Außenministers Baker: Zitat: „Die NATO wird keinen Zoll weiter nach Osten vorrücken“. Der Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung war also ein Teil des Preises für die Einheit Deutschlands. Dieser Preis ist nie bezahlt worden.

Wir sollten auch nicht vergessen, dass der deutsche NATO-Generalsekretär Wörner und der deutsche Außenminister Genscher dies in ihren Reden und Interviews bestätigt haben. Der damalige NATO-Generalsekretär Wörner hatte am 17. Mai 1990 öffentlich bekannt gegeben: „Schon der Fakt, dass wir bereit sind, die NATO-Streitkräfte nicht hinter den Grenzen der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.“ Das war – wie gesagt - im Mai 1990. Da gab es die DDR noch.

Das heißt: Die Sicherheitsgarantie der NATO lautete eigentlich sogar: Östlich von Elbe und Werra, also der damaligen Ostgrenze der BRD, sollten keine NATO-Truppen stationiert werden. Das bedeutet: Auch auf dem Territorium der DDR nicht! Mit dem vertrauensseligen Gorbatschow und dem alkoholisierten Jelzin hatten die USA und ihre Verbündeten ein leichtes politisches Spiel. Inzwischen ist klar, dass es den USA 1989 keineswegs in erster Linie um die deutsche Einheit ging. Sie war nicht ihr Hauptziel. Sie war lediglich ein Mittel, um die Streitkräfte der UdSSR und später Russlands aus dem Zentrum Europas zu drängen. Der Warschauer Vertrag wurde einseitig aufgehoben. Die NATO blieb. Die russischen Streitkräfte zogen aus Mitteleuropa ab.

Die USA setzten sich hier fest. Sie haben in Deutschland nach wie vor Atomwaffen stationiert. Condoleezza Rice, die spätere Außenministerin der USA, bekannte freimütig: Mit dem vereinten Deutschland, eingebettet in die NATO, war «Amerikas Einfluss in Europa gesichert». Nicht die Rückkehr der altrussischen Krim in die Russische Föderation ist die Ursachen dafür, dass Russland und sein Präsident vom Westen verteufelt werden. Nein, die Zukunftsvision eines friedliebenden Europas zerschellte nicht in der Ostukraine, auch nicht auf der Krim, auch nicht in Belorussland. Sie zerbrach schon in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, als NATO – Staaten Jugoslawien bombardierten.

Die deutschen Politiker müssen endlich akzeptieren, dass die Russen ihre Lebensart haben und ihre Souveränität verteidigen.

Ob man Putin mag oder nicht, ob man sein Regierungssystem gut oder schlecht findet, ist Nebensache. Das große Land, in dem in Wladiwostok die Sonne aufgeht, wenn man sich in Moskau schlafen legt, kann ohnehin nicht nach den Prinzipien der deutschen Kleinstaaterei geführt werden, wo man sich nicht einmal einigen kann, ob man Sommer- oder Winterzeit will. Niemand kann verantworten, dass in diesem Land Chaos herrscht. Es ist kurzsichtig, dass Deutschland gegenüber Russland amerikanische Außenpolitik betreibt.

Eine Enkelin des Eisernen Kanzlers Bismarck – die Mutter von Heinrich Graf von Einsiedel, der als Leutnant bei Stalingrad abgeschossen wurde und in sowjetische Kriegsgefangenschaft kam –, hat schon am 25. Januar 1947 das Erbe ihres Großvaters für die Politik gegenüber Russland beschrieben. Sie richtete einen Brief an den sowjetischen Oberst Sergej Tulpanow. Darin heißt es: „Es schreibt Ihnen die Enkelin des bedeutenden Staatsmannes Bismarck, dessen Vermächtnis immer ein ewiger und unzerstörbarer Frieden mit Russland war. Sogar auf dem Sterbebett, nachdem Wilhelm II. unter dem Einfluss finsterner Mächte meinen Großvater in den Ruhestand gezwungen hatte, hat dieser wiederholt: ‚Nie gegen Russland!‘“<sup>4</sup>

Ein gutes Verhältnis zu den Russen ist eine Schicksalsfrage für die Deutschen.

Wer nicht versteht, dass es auch eine Frage der Vernunft ist, mit Russland zusammenzustehen, der verstößt gegen elementare deutsche Interessen.

---

<sup>4</sup> Zitiert in: Inge und Michael Pardon: Tulpanow. Stalins Macher und Widersacher. Die Biografie, edition ost, Berlin in Vorbereitung